

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä1 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 2 bis 8:

Wir stecken im Moment in einer der größten Krisenüberlappungen: Klimakrise, Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen ~~der rechtskonservativen Mächte,~~ ~~Versagen der gesellschaftlichen Linken~~ rechtskonservativer Kräfte, Pandemie, Fachkräftemangel und Pflegenotstand. ~~Staatszerfall,~~ Krieg und Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer sogenannten **Polykrise**, denn alles bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen Kapitalismus, der seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren Alltag bestimmt. In diesen Zeiten braucht es ganzheitliche, linke Antworten. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Linke durch interne Konflikte und Spaltung nahezu handlungsunfähig.

Von Zeile 16 bis 18:

und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns ~~als Teil der gesellschaftlichen Linken~~ für sie einzutreten und beizutragen, die gesellschaftliche Linke als ganzes wieder handlungsfähig zu machen.

Von Zeile 26 bis 33:

Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass Menschen aus/in Ostdeutschland ~~noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland. Kein Wunder, dass viele Menschen frustriert sind und ihnen die Narrative der AfD einfache Erklärungsmuster bieten. Die Anhebung des Mindestlohns ist nicht mal mehr ein Inflationsausgleich und fühlt sich so eher wie ein schlechter Witz an. Wir fordern deshalb ein **sanktionsfreies Bürger*innengeld**, das für ein Leben in Würde ausreicht – also deutlich höher als alle bisherigen Pläne ausfällt.~~ insbesondere angesichts der steigenden Inflationsraten, noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland. Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklung immer mehr Menschen frustriert und die von Rechten gebotenen unterkomplexen Erklärungsmuster und Feindbilder zunehmend Anklang finden.. Sozialpolitische Maßnahmen, wie die Anhebung des Mindestlohns oder das Bürgergeld sind kaum mehr als ein Inflationsausgleich und fühlen sich wie ein schlechter Witz an. Es braucht Maßnahmen, die für ein Leben in Würde ausreichen und sowohl kurz- als auch langfristig existenzen zuverlässig sichern und soziale Ungleichheit abbauen.

Begründung

Neben ein paar Begriffsänderungen würde ich Staatszerfall weglassen, weil das ein bisschen weit hergeholt ist und nicht so sehr in den Kontext passt (ich habe es nicht wirklich verstanden). Wenn man Pflegenotstand nennt, sollte man mMn den Fachkräftemangel als gigantisches Problem insgesamt (auch) ansprechen.

Wenn wir uns später im Text als Teil der gesellschaftlichen Linken beschreiben, sollten wir nicht schreiben, dass sie versagt. Sonst sind wir da mitgemeint. Daher würde ich die Schwäche der gesellschaftlichen Linken anders formulieren und systematisch anders anordnen und uns später impliziter als Teil der gesellschaftlichen Linken darzustellen.

Wir sollten den Bezug zu den Inflationsraten mit aufnehmen, da diese die aktuelle Situation, aufgrund derer der Antrag jetzt gestellt wird, so viel dramatischer macht und der Satz sonst nur die Situation beschreibt, wie sie die letzten Jahre schon war.

Die letzten drei Sätze haben logisch wenig Sinn ergeben. Daher habe ich versucht sie so zu formulieren, dass sie Sinn ergeben und ungefähr das aussagen, was gemeint gewesen sein soll.